(KR/WL)
Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.
Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Private Wasserversorger machen Kasse**
   Die Bilanz der Privatisierung der Wasserversorgung in Deutschland – sie fällt ernüchternd aus. Die Bürger haben keinen Preisvorteil und die Kommunen geben eine sichere Einnahmequelle aus der Hand.
   Quelle: Plusminus / ARD

   Anmerkung WL: *Übrigens solche Informationen sollen nach dem geplanten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (siehe gestrigen Beitrag) künftig nach 7 Tagen gelöscht werden müssen.*

2. **Zusatzeinnahmen durch Emissionshandel: E.ON und Co. kassieren ab**
   Energieversorger wie E.ON und RWE verdienen laut dem WWF 35 Milliarden Euro mehr durch den Emissionshandel – nicht weil CO2 eingespart wird, sondern weil Kunden draufzahlen.
   Quelle: TAZ
3. **Endstation Hartz IV**
   Die Chancen für Langzeiterwerbslose, wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, stehen miserabel. Nach einer am Mittwoch von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Berlin vorgestellten Studie konnten im ersten Halbjahr 2007 nur mickrige drei bis vier Prozent der in diesem Zeitraum auf Arbeitslosengeld II (ALG II) angewiesenen Menschen in einen sozialversicherungspflichtigen Job vermittelt werden. BA-Chef Frank-Jürgen Weise sprach von einer »schlechten Nachricht« und verlangte: »Wir müssen alle unsere Arbeit besser machen.« Das gelte auch für den Gesetzgeber, der die Betreuung von Hartz-IV-Betroffenen bis 2010 auf eine verfassungsgemäße Grundlage stellen müsse.
   Quelle: junge Welt

   Siehe dazu:

   Übergänge aus Grundsicherung in Beschäftigung

Im Bundesdurchschnitt lag die Übergangsrate von Hilfebedürftigen und damit von arbeitslosen und nicht arbeitslosen Personen im Leistungsbezug in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im ersten Halbjahr 2007 bei 3,4 Prozent. Durchschnittlich gelang es 34 von 1000 Leistungsbeziehern in der Grundsicherung eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit [PDF – 1,8 MB]

Anmerkung: *Interessant ist, dass diese Angabe von der Bundesagentur unter der Botschaft „Systemvergleich in der Grundsicherung: Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsagenturen schneiden gut ab“ herausgegeben wurde. Wie behauptete doch gestern unser Bundespräsident in seiner Berliner Rede: „Arbeit: Da gibt es erste Erfolge. In den vergangenen drei Jahren haben über 1,6 Millionen Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz gefunden. Dabei sind besonders viele Ältere, die es bisher auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer hatten, und dabei sind auch besonders viele Menschen, die lange Zeit arbeitslos waren.“ 3,4 Prozent langzeitarbeitslose Grundsicherungsempfänger, die einen Arbeitsplatz gefunden haben, sind für Horst Köhler also ein „Erfolg“. Daran mag man erkennen, wie die vom Bundespräsident so hoch gelobten Agenda-Reformen, schön geredet werden.*

4. **Bundessozialgericht: Mehr Rechte für Hartz-IV-Bezieher**
   Liegen Hartz-IV-Empfänger im Krankenhaus, darf ihnen der Wert des Klinikessens nicht vom Arbeitslosengeld abgezogen werden. Dies entschied das Bundessozialgericht in einem Grundsatzurteil. Und auch sonst urteilten die Richter zu Gunsten der ALG-II-Bezieher.
   Quelle: stern.de
5. **Jahressteuergesetz 2009 im Kabinett beschlossen: Unternehmen können Buchführung ins Ausland verlegen**
   Immer mehr Unternehmen sind weltweit tätig. Häufig wäre es da von Vorteil, Buchführungsaufgaben ins Ausland zu verlagern. Dies ist bisher rein rechtlich gesehen nicht möglich. Um Bürokratiekosten zu senken, soll diese Beschränkung aufgehoben und zumindest die Verlagerung der EDV-gestützten Buchführung erlaubt werden.
   Quelle: nwb Verlag

   Anmerkung: *Diese Reform der Bürokratiekosten schafft sicherlich wieder viele Arbeitsplätze in Deutschland.*

6. **EU-Richtlinien werden weitgehend umgesetzt**

Die Bundesregierung hat sich zufrieden über den bisherigen Stand der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht gezeigt. Von den über 1.600 Binnenmarktrichtlinien seien nur neun noch nicht umgesetzt, sagte Peter Hintze (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie am Mittwochvormittag im Europaausschuss. "Wir sind umsetzungsfreundlich", sagte Hintze und wies darauf hin, dass es derzeit dabei lediglich ein Umsetzungsdefizit von 0,5 Prozent gebe. Als ein wesentliches Projekt bei der Anpassung von europäischem in nationales Recht nannte er die so genannte Dienstleistungsrichtlinie, die für einen einheitlichen Binnenmarkt bürokratische Hemmnisse abbauen und den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen fördern soll.
Quelle: Deutscher Bundestag

Anmerkung: *1.600 Binnenmarktrichtlinien! Daran mag man erkennen, dass die Umsetzung des marktradikalen Konzepts innerhalb der EU durch und durch politisch entschieden wird und dazu ein irrsinniger Regulierungsaufwand betrieben wird. Der nationale Gesetzgeber wird zum Handlanger der EU-Kommission und Deutschland ist natürlich Musterknabe.*

7. **EU-Bürger schutzlos**
Seit Jahren sammelt die EU eifrig Privatdaten. Das Ziel: mehr Sicherheit. Doch der Schutz sensibler Infos ist noch immer nicht geregelt. Immer mehr Informationen, immer größere Datenbanken – der wachsende Zugriff auf private Daten, wie jetzt in Schweden, ist keinesfalls ein Faible einzelner Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Brüssel selbst ist seit Jahren fleißig dabei, sensible Daten zu sammeln und mitunter zentral zu speichern. Begründet werden die Maßnahmen meist mit einer besseren Vernetzung der einzelnen Sicherheitsbehörden sowie Prävention und schnellerer Aufklärung von Straftaten, Terrorakten und illegaler Migration. Völlig unklar ist allerdings noch immer, wie der Schutz dieser sensiblen Daten geregelt werden soll. Ein entsprechender EU-Rahmenbeschluss wird zwar schon lange diskutiert, ist aber noch immer nicht besiegelt.
Quelle: taz

Siehe dazu:

Privat: abgeschafft
Schweden droht ein Überwachungsstaat Orwellscher Dimension. Der militärische Geheimdienst soll berechtigt werden, Handys, Emails und SMS zu kontrollieren.
Quelle: taz

Dazu auch noch:

Googlesprecher zieht Vergleich mit China: Schweden googlelos
Aus Misstrauen gegenüber schwedischen Behörden wollen Internet- und Telekomfirmen ihre Server nicht mehr in dem Land platzieren.
Quelle: TAZ

Schwedisches Überwachungsgesetz gescheitert: Big Brother verspätet
Das schwedische Überwachungsgesetz wurde in letzter Minute gestoppt. Nach einer drohenden Abstimmungsniederlage bessert die Regierung nun nach. "Nur Kosmetik", so Kritiker.
Quelle: TAZ

8. **Europaparlament beschließt umstrittene Regeln zur Abschiebung**
Härtere Regeln für illegale Einwanderer: Das Europaparlament hat eine umstrittene Richtlinie zur Abschiebung von illegalen Einwanderern aus der EU verabschiedet. Künftig können Flüchtlinge ohne Papiere 18 Monate lang in Gewahrsam genommen werden.
Quelle: SPIEGEL

Siehe dazu:

Attac kritisiert Abschieberichtlinie als inhuman
Das globalisierungskritische Netzwerk Attac kritisiert scharf, dass das europäische Parlament die Abschieberichtlinie trotz zahlreicher Appelle verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen verabschiedet hat. "Die Richtlinie verletzt jegliche humanitäre und rechtsstaatliche Mindeststandards", sagte Kerstin Sack vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Die Richtlinie sieht vor, dass Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis bis zu 18 Monate in Abschiebehaft genommen werden können, ohne dagegen Rechtsmittel einlegen zu können. Auch unbegleitete Kinder und Jugendliche dürfen künftig inhaftiert und abgeschoben werden.
Quelle: attac

9. **Demokratiefrust bereitet Nährboden für Neonazis**
Ausländerfeindlichkeit, Angst vor Ausgrenzung, Politikverdrossenheit – ein Blick in die Mitte der Gesellschaft zeigt, wie und wie weit sich rechtsextreme Tendenzen in Deutschland verbreiten. Wissenschaftler warnen in einer neuen Studie: Demokratie ist vielen Bürgern kaum etwas wert. Ein "Führer", der Deutschland mit starker Hand

regiert, wäre durchaus “zum Wohle aller” – glauben 15,4 Prozent der Deutschen. Ausländer kämen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen – für 36,9 Prozent eine zustimmungsfähige Aussage. Und überhaupt: Deutschland sei “in einem gefährlichen Maß überfremdet” – finden 39,1 Prozent.
Als zentrale Ergebnisse ihrer Interviews nennen die Leipziger Forscher Elmar Brähler und Oliver Decker:

- Mit “besorgniserregender Selbstverständlichkeit” lassen Gesprächsteilnehmer ausländerfeindlichen Ressentiments freien Lauf. Die Abneigung gegen alles, was vermeintlich fremd ist, wird in den Diskussionen schnell zum Gruppenkonsens.

- Viele Menschen empfinden einen hohen Druck, sich einer gefühlten gesellschaftlichen Norm anzupassen. Sanktionen gegenüber vermeintlichen Abweichlern werden akzeptiert. Die Folge: Die Ausgrenzung von Ausländern, aber auch sozial Schwächeren wie etwa Arbeitslosen wird gesellschaftsfähig.

- Mit dem Begriff “Demokratie” können viele nichts anfangen. Die meisten beschränken ihr Demokratieverständnis auf Wahlen – die wiederum finden viele erschreckend unbedeutend. Konsequenz: eine “alarmierende Geringschätzung des demokratischen Systems”. Demokratie gilt nur so lange etwas wert, wie sie individuellen Wohlstand garantiert.

- Wer autoritär denkt oder solches Denken etwa durch Gewaltanwendung im Elternhaus vermittelt bekommt, ist anfällig für rechtsextreme Einstellungen. Andersherum gilt aber auch: Wer sich in andere Menschen hineinfühlen kann, ist für radikale Denkmuster weniger empfänglich.

- Noch immer spielt die Zeit des Nationalsozialismus eine große Rolle. Der Beschäftigung mit dieser Vergangenheit messen die Autoren eine “Schlüsselposition” zu. Eine inhaltliche und emotionale Auseinandersetzung hemmt rechtsextreme Tendenzen.

Die Anfälligkeit der Menschen für rechtsextreme Gesinnung auch mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg erklären die Leipziger Forscher mit dem Bild einer “narzisstischen Plombe”.
Quelle: Spiegel Online

Zur Studie:

Ein Blick in die Mitte
Eine Studie der Friedrich-Ebert –Stiftung zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen.
Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung

Anmerkung WL: *An den Ergebnissen dieser Studie kann man ablesen, wie lächerlich die „therapeutischen" Vorschläge des Bundespräsidenten in seiner Berliner Rede gegen die Demokratieverdrossenheit sind.*

10. **Wikipedia: AKW, KKW, Atomkraftwerk, Kernkraftwerk – Die freie Enzyklopädie und die Macht der Atomlobby**
Zu den genialsten und wichtigsten demokratischen Projekten unserer Zeit zählt die freie Enzyklopädie Wikipedia. Die kostenlos verfügbaren und im Internet frei zugänglichen Artikel sollen bedeutsame Informationen aus belegten und zuverlässigen Quellen beinhalten. Doch offene Strukturen sind stets gefährdet. Wie überall, wo es um Geld und Macht geht, müssen auch hier diese demokratischen Strukturen gegen den massiven Einfluss von Wirtschaftsinteressen geschützt werden. Es gibt einige Indizien, die darauf hinweisen, dass in der Schweiz und auch in Deutschland, viele Wikipedia-Seiten zu den Themen AKW und Atomenergie von der Atomindustrie und deren Werbeagenturen (Burson Marsteller?) massiv manipuliert werden.
Quelle: BUND Regionalverband Südlicher oberrhein
11. **Proteste gegen Sarkozys Rosskur**
Mit landesweiten Aktionen haben französische Arbeitnehmer am Dienstag gegen die Renten- und Arbeitszeitpläne der Regierung protestiert. Die beiden großen Gewerkschaften CGT und CFDT riefen zu Massendemonstrationen und Arbeitsniederlegungen auf. In Paris meldete die Polizei Staus mit einer Gesamtlänge von 166 Kilometern. Mit ein Grund für die relativ geringen Auswirkungen war die gespaltene Gewerkschaftsfront: Die drittgrößte Arbeitnehmerorganisation Force Ouvrière (FO) und die christliche CFTC hatten nicht zum Streik aufgerufen.

Dass kleinere Gewerkschaften an dem Protesttag nicht teilnahmen, hängt mit der Absicht der Regierung zusammen, den großen Arbeitnehmerverbänden mehr Vertretungs- und Stimmrechte in den Unternehmen einzuräumen. Davon dürften vor allem CGT und CFDT profitieren. FO-Chef Jean-Claude Mailly wirft ihnen vor, sie hätten sich von Sarkozy über den Tisch ziehen lassen: Der Präsident gaukle ihnen eine bessere Repräsentation in den Betriebsräten vor, um im Gegenzug seine soziale Rosskur durchzupeitschen.
Quelle: FR

12. **Melange: Zeiler hält im Stadion Hof**
Ein potenzieller Kanzlerkandidat der SPÖ hält Montagabend beim Match Österreich gegen Deutschland quasi schon Hof: Der ehemalige ORF-General Gerhard Zeiler, der in den vergangenen Wochen immer wieder als möglicher Nachfolger von Alfred Gusenbauer ins politische Spiel gebracht wurde, holt als Chef von Europas größter TV-Holding RTL Group den Vorstand seines Mutterkonzerns Bertelsmann vom Vorsitzenden Hartmut Ostrowski abwärts ins Ernst-Happel-Stadion. Zeiler, einst Sekretär unter den roten Kanzlern Fred Sinowatz und Franz Vranitzky, gehört heute zum Führungsgremium dieses sechstgrößten Medienkonzerns der Welt. Nur Finanzvorstand Thomas Rabe hält an diesem Tag in Deutschland die Stellung. Im Schlepptau der Bertelsmänner: die Chefredakteure von Süddeutscher Zeitung, Financial Times Deutschland, Handelsblatt, Wirtschaftswoche, manager magazin sowie Springer-Manager Christoph Keese.
Quelle: Standard

Anmerkung: *Plant das Schattenkabinett in Gütersloh den Anschluss Österreichs? Die beiden führenden österreichischen Parteien ÖVP und jetzt auch SPÖ sind offenbar von dem deutschen Mediengiganten Bertelsmann infiltriert. Die ÖsterreicherInnen hätten die Wahl zwischen Bertelsmann und Bertelsmann. Der österreichische Ex-Kanzler Schüssel (ÖVP) ist Mitglied im Kuratorium der Bertelsmann Stiftung, und jetzt ist der Bertelsmann/RTL-Manager Gerhard Zeiler als Kandidat für die SPÖ im Gespräch. Und dass die Chefredakteure der genannten Zeitungen sich von Bertelsmann hofieren lassen, zeigt nur, wie geschickt der Krake Bertelsmann seine Fangarme einsetzt. Übrigens müsste jedes Stadtratsmitglied sich für so eine Einladung den Vorwurf der Bestechlichkeit gefallen lassen. Aber unsere Chefredakteure sind natürlich völlig unbestechlich.*

13. **Focus Schulkompass**
Über 7000 Schulen aus allen Bundesländern, mehr als eine halbe Million Einzeldaten – das ist der Schulkompass von FOCUS-SCHULE. Hier finden Sie Informationen zu allen allgemeinbildenden Schulen in Deutschland, die einen mittleren Schulabschluss und/oder das Abitur anbieten.
Quelle: Focus Schule

Anmerkung M.D.: *Kaum ist die FOCUS-Schuldatenbank auf Sendung, beginnt auch schon der Unfug (siehe unten stehende Pressemitteilung). Auf allerdünnster Datenbasis werden Noten für ganze Bundesländer vergeben, einzelne Städte und Regionen werden sicher bald folgen. Ich habe mir die Schulen meiner*

Heimatgemeinde im Umkreis von 10 km angesehen. Für 2 von 23 haben gibt es eine Rückmeldung durch die Eltern: Die eine die Gesamtnote 3, die andere die Gesamtnote 2. Und nun? Wo schicken wir unser Kind denn nun hin? Vielleicht doch zu einer der anderen 21 Schulen? Und wie ärgerlich: Was macht den Unterschied zwischen 2 und 3 aus? Wie kommt die Gesamtbewertung zustande? Beim Zweier-Kandidat haben die Toiletten zum Beispiel nur eine 4,5 bekommen. Und fragt man sich, auf wessen Urteil die Angaben zurückgehen, gibt es die aufschlussreiche Auskunft: "Hier haben Elternvertreter einzeln oder gemeinsam ihre Schule bewertet." Und das soll nun Transparenz sein! Und schlimmer noch: Dafür geben Erziehungswissenschaftler ihren Namen her! Zu besichtigen unter http://www.schulkompass.de/fsc/start.faces Und schließlich: Auch dieser angebliche Schul-Kompass zeigt Richtung Privatschulen (siehe Button "Schulwahl"). Nein, was uns hier zugemutet wird, ist schlicht dummes Zeug. Man kann nur hoffen, dass Schulen und Eltern auf diesen Unfug nicht hereinfallen.

Pressemeldung:

FOCUS-SCHULE startet für Eltern eine revolutionäre Datenbank

Das Bildungsmagazin FOCUS-SCHULE startet für Eltern eine revolutionäre Datenbank mit allen allgemeinbildenden Schulen in Deutschland mit mittlerem und höherem Bildungsabschluss. Auf einem Bildungsgipfel in Berlin präsentiert das Magazin heute erste Ergebnisse seines neuen Portals www.schulkompass.de. In der detailreichsten deutschen Online-Schuldatenbank sind sowohl alle verfügbaren offiziellen Daten der Kultusministerien und statistischen Landesämter für bislang mehr als 7386 Schulen enthalten, wie auch Angaben der Schulleiter und Bewertungen von Elternvertretern, Lehrern und Schülern. Zusammen entstehen so umfassende Porträts für jede einzelne Schule.

FOCUS-SCHULE schafft mit der für jedermann frei zugänglichen Datenbank eine dringend notwendige Transparenz für alle Eltern. Sie haben ein Recht auf Informationen über Qualität und Profil einer Schule. Bislang erfahren Eltern in den meisten Bundesländern wenig oder gar nichts darüber, wie oft der Unterricht ausfällt, wie viele Schüler eine Klasse wiederholen oder wie gut die Ausstattung ist. Eltern mussten sich auf Gerüchte über den Ruf einer Schule verlassen. Viele Kultusministerien hüten ihre Schuldaten wie Geheimakten, Lehrkräften ist es allein aus Zeitmangel kaum möglich, alle Fragen der Eltern nach Ausstattung, Schulklima, Lernmethoden, Betreuung und Engagement umfassend zu beantworten.

"Wir sind überzeugt, dass mehr Transparenz für Eltern sowie mehr Kooperation

zwischen Schulen und Eltern der beste Weg ist, um Schulbildung in Deutschland zu verbessern," erklärt FOCUS-SCHULE-Chefredakteurin Gaby Miketta. "Unser neuer Schulkompass ist erst ein Anfang. Alle Eltern, Schulleiter, Lehrer und Schüler können unter www.schulkompass.de ihre Bewertungen abgeben," so Miketta. "Auffällig groß ist die erste Elternresonanz in jenen Ländern, die wenig Daten zur Verfügung stellen, wie Bremen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Auch Schulleiter können aktuell die Profile und Angebote ihrer Schule ergänzen."

Das Bildungsmagazin präsentiert heute erste Ergebnisse von schulkompass.de aus einer Befragung der Elternvertreter von 1332 in der Datenbank enthaltenen Schulen. Demnach sind Eltern mit der individuellen Förderung ihrer Kinder nur mäßig zufrieden und vergaben für ganz Deutschland im Durchschnitt die Note 3. Mit der Note 2,5 bewerteten Eltern in Brandenburg die individuelle Förderung am besten, knapp gefolgt von Nordrhein-Westfalen (NRW), Sachsen und Thüringen mit 2,6. Eltern in Niedersachsen vergaben die schlechtesten Noten, im Durchschnitt eine 3,4. Baden-Württemberg ist mit 3,3 nur ein wenig besser.

Auch die Kommunikation zwischen Lehrern und Eltern scheint nicht optimal, wird aber bundesweit durchschnittlich mit "noch gut" (2,5) von den Eltern bewertet. Spitzenreiter mit einer Note von 2,3 sind Thüringen und Nordrhein-Westfalen, während in Niedersachsen, Bayern und Sachsen-Anhalt der Wert bei 2,7 liegt.

Auch mit dem Gebäudezustand der öffentlichen Schulen sind Eltern nicht sonderlich zufrieden. Im Durchschnitt vergeben sie die Schulnote 2,9. Am positivsten bewerteten Eltern aus Mecklenburg-Vorpommern (2,0) und Thüringen (2,3) die Schulgebäude ihrer Kinder.

Die Lernziele der Schulen sind den Eltern nicht transparent genug. Hiernach befragt vergaben sie im Durchschnitt nur die Note 2,9. Am besten fühlen sich Eltern in Thüringen, Sachsen und NRW informiert (Note 2,5). In Bremen gab es die schlechteste Note mit 3,3 dicht gefolgt von Bayern und Niedersachsen mit 3,2.

Das Schulklima in Deutschland zeigt sich überwiegend als hervorragend. Fast zehn Prozent aller Eltern vergeben hierfür die Note "sehr gut" und knapp 50 Prozent die Note "gut". Für ganz Deutschland liegt der Wert bei 2,3.

Mangelware: An 33 Prozent aller Schulen gibt es kein Klopapier. Auch nach wichtigen Hygieneartikeln wie Seife und Handtüchern suchen 37 Prozent der Schüler vergeblich. Durchschnittlich gab es für die Toiletten nur die Note 3,4. An 64,7 Prozent der

bewerteten Schulen in Deutschland dürfen die Kinder während des Unterrichts kein Getränk zu sich nehmen.

14. **Zahl der Studenten mit Depressionen soll wachsen**
Hochschulseelsorger melden eine zunehmende Zahl von Studenten mit Depressionen und Burn-Out-Syndrom. Die Zahl derer, die mit dem wachsenden Druck an den Universitäten nicht zurechtkämen, habe deutlich zugenommen, sagte der Koordinator der katholischen Hochschulseelsorge in München, Robert Lappy. In den vergangenen drei bis vier Semestern sei die Zahl dieser Fälle bei den katholischen Beratungsstellen in München um etwa 20 Prozent gestiegen. "Das hängt auch mit den Reformen an Universitäten zusammen", sagte der Theologe. Mit der verbreiteten Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge hätten die Belastungen für Studenten zugenommen.
Quelle: ngo-online
15. **Tipp: Sozialpolitik aktuell in Deutschland**
Im Juni 2008 wurden u. a. neu eingestellt:

    - Familie, Familienpolitik – Datensammlung Sozialpolitik: Alle Infografiken des Themenbereiches Familie & Familienpolitik nun mit Kurzkommentar
    - Alter, Alterssicherung, Rentenversicherung – Berichte & Dokumente: Flexible Übergänge in den Ruhestand noch in dieser Wahlperiode beschließen (SPD)
    - Das aktuelle Thema – Heraufsetzung der Altersgrenzen in der Rentenversicherung: Rente mit 67" – Voraussetzungen für die Weiterarbeitsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen (Institut für Gerontologie)
    - Einkommen, Einkommensverteilung, Armut – Berichte & Dokumente Aktionsplan für gleiche Lebenschancen: 10 Maßnahmen der SPD gegen Kinderarmut (SPD)
    - Das aktuelle Thema – Mindestlohn – auch in Deutschland?
    - Niedriglohnbeschäftigung: Sackgasse oder Chance zum Aufstieg? (IAB)
    - Sozialstaat, Soziale Sicherung – Berichte & Dokumente: Geschichte und Modernisierung der Sozialversicherungswahlen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

- Gesundheitswesen, Kranken- & Pflegeversicherung – Berichte & Dokumente: Solidarität in der europäisierten Gesundheitspolitik? Zum Verhältnis von Wettbewerb und Solidarität im europäischen Binnenmarktprojekt (Institut für Medizinische Soziologie)

- Das aktuelle Thema – Weiterentwicklung von Hartz IV/SGB II: Existenzsicherung und Erwerbsanreiz (Bundesministerium der Finanzen)

- Sozialstaat, Soziale Sicherung – Berichte & Dokumente: Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken. Eine gemeinsame Initiative von Sozialverband Deutschland (SoVD) und Volkssolidarität zum Erhalt und zur Festigung des Sozialstaates

- Finanzierung und ökonomische Grundlagen des Sozialstaats – Berichte & Dokumente: Konsolidieren – Investieren – Entlasten. Orientierungspunkte der SPD für ein integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands

- Familie, Familienpolitik – Berichte & Dokumente: Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren – elterliche und öffentliche Sorge in gemeinsamer Verantwortung (Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim BMFSFJ)

- Das aktuelle Thema – Auswirkungen von Hartz IV/SGB II: Ausbildungschancen von Jugendlichen im SGB II (DJI)

- Familie, Familienpolitik – Berichte & Dokumente: Dossier: Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Quelle: Sozialpolitik aktuell in Deutschland

Zu guter letzt:

Lukas Podolski soll gesagt haben:
Fußball ist wie Schach, nur ohne Würfel
Bitte bedenken Sie das heute Abend beim Spiel gegen Portugal.